

Im Ergebnis dieser Analyse, vor allem auch der Entwicklung der politisch-ideologischen Situation und der politisch-moralischen Einheit der Grenzbevölkerung, fasste das Politbüro des ZK der SED am 6. Juli 1971 einen Beschluß über Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin. Dieser Beschluß ist darauf gerichtet,

bei gleichzeitiger Erhöhung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet bessere Bedingungen für die Erfüllung der Aufgaben zur zuverlässigen Sicherung unserer Staatsgrenze zu schaffen.

Er setzt damit zugleich die Maßstäbe für die Durchsetzung einer solchen Ordnung im Grenzgebiet, die der Entwicklung der Lage an der Staatsgrenze ebenso wie den neuen gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung trägt.

Auf der Grundlage dieses Politbürobeschlusses erließ das Sekretariat des ZK der SED am 28. 10. 1971 die "Direktive zur weiteren Arbeit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin. Außerdem soll nach Bestätigung durch den Nationalen Verteidigungsrat ab 1. 7. 72 eine neue "Anordnung zur Ordnung in den Grenzgebieten und Territorialgewässern der DDR" - im folgenden kurz Grenzordnung genannt - wirksam werden.